



Rathaus Umschau

Dienstag, 21. Oktober 2025

Ausgabe 200

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder Push-Nachricht
unter muenchen.de/ru-abo*

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	3
Meldungen	4
› Stark steigende Bezirksumlage: OB schreibt an Ministerpräsidenten	4
› OB Reiter: FC Teutonia soll sein Gelände auch bei Olympia behalten	7
› Lätare-Kirche in Neuperlach: Realisierungswettbewerb entschieden	8
› Bauzentrum: Online-Vortrag „Mein Strom vom Balkon“	9
Antworten auf Stadtratsanfragen	11
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Mittwoch 22. Oktober, 14.45 Uhr, PEP Einkaufscenter Neuperlach (Zentrales Rondell), Thomas-Dehler-Straße 10

Bürgermeisterin Verena Dietl besucht den Olympiabewerbungs-Infostand im PEP Einkaufscenter Neuperlach und beantwortet Fragen interessierter Bürger*innen zur Bewerbung der Stadt München um Olympische und Paralympische Sommerspiele und zum bevorstehenden Bürgerentscheid. Mit am Infostand dabei ist Anna Maria Apel, amtierende Deutsche Meisterin im Bouldern & Lead Klettern.

Wiederholung

Mittwoch, 22. Oktober, 17 Uhr, Rathaus, Ratstrinkstube

Bürgermeisterin Verena Dietl ehrt langjährige Bezirksausschuss-Mitglieder mit einer Amtszeit von zwölf bis 18 Jahren.

Im Anschluss um **18 Uhr** ehrt Bürgermeisterin Dietl im **Ratskeller**, Raum „Ludwig der Erste“, langjährige Bezirksausschuss-Mitglieder mit einer Amtszeit ab 24 Jahren.

Wiederholung

Mittwoch, 22. Oktober, 19 Uhr, Festsaal im Alten Rathaus

Die Stadt München feiert gemeinsam mit ihrer Partnerstadt Verona das 70-jährige Jubiläum des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und Italien. Die zweimonatige Programmreihe „Migration erinnern“ reflektiert in vielfältigen Veranstaltungen, wie Migration im Stadtraum sichtbar wird. Zur Eröffnung sprechen Bürgermeisterin Verena Dietl, Schirmherrin von „Migration erinnern“, Kulturreferent Marek Wiechers, der italienische Generalkonsul Sergio Maffettone und Veronas Bürgermeister Damiano Tommasi Grußworte. Bei einem Stehempfang präsentiert der Künstler Matteo Lisanti im Foyer des Alten Rathauses die Soundinstallation „Linger“. Die Veranstaltung findet in deutscher und italienischer Sprache statt.

Achtung Redaktionen: Die Teilnahme ist nur nach vorheriger Akkreditierung per E-Mail an verona@muenchen.de möglich.

Wiederholung

Donnerstag, 23. Oktober, 10 Uhr, Bezirkssportanlage Grohmannstraße 63

Zur offiziellen Eröffnung der umfassend sanierten Bezirkssportanlage im Hasenberg sprechen Bürgermeisterin Verena Dietl, Sportreferent Florian Kraus und Baureferentin Dr.-Ing. Jeanne-Marie Ehbauer. Die Anlage bietet künftig Vereinen, Schulen und der gesamten Nachbarschaft eine moderne

Infrastruktur für Sport und Bewegung – ein wichtiges Signal für Teilhabe, Integration und Lebensqualität im Münchner Norden.

Achtung, Redaktionen: Die Veranstaltung dauert bis 11 Uhr und ist für Fotoaufnahmen geeignet. Anmeldungen bitte bis Mittwoch, 22. Oktober, 18 Uhr per E-Mail an presse.rbs@muenchen.de.

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 28. Oktober, 19.30 Uhr, Sozialbürgerhaus, Sitzungssaal, Meindlstraße 14 (Zugang ist rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 7 (Sendling-Westpark).

Dienstag, 28. Oktober, 19.30 Uhr, Schulcampus Ungererstraße 191 (Zugang ist rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 12 (Schwabing-Freimann).

Dienstag, 28. Oktober, 19 Uhr, Dreifachturnhalle des Wilhelm-Hausenstein-Gymnasiums, Elektrastraße 61 (Zugang ist rollstuhlgerecht)

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 13 (Bogenhausen). Der Versammlungsleiter Stadtrat Prof. Dr. Jörg Hoffmann, Vorsitzender der FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion, und der Bezirksausschussvorsitzende Florian Ring informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreter*innen aus folgenden Bereichen interessierten Bürger*innen Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Mobilitätsreferat – Straßenverkehr, Referat für Klima- und Umweltschutz – Energieberatung des Bauzentrums, KVR – Bezirksinspektion, Münchner Verkehrsgesellschaft, der Bezirksausschussvorsitzende Florian Ring und in der Regel Seniorenbeirat, Polizeiinspektion, Stadt-Information sowie das örtlich zuständige Sozialbürgerhaus.

Dienstag, 28. Oktober, 19 Uhr, Städtische Ludwig-Thoma-Realschule, Mensa, Fehwiesenstraße 118 (Zugang ist rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 14 (Berg am Laim).

Meldungen

Stark steigende Bezirksumlage: OB schreibt an Ministerpräsidenten

(21.10.2025) Oberbürgermeister Dieter Reiter hat sich in einem Brief an Ministerpräsident Dr. Markus Söder gewandt, um auf die Auswirkungen einer stark steigenden Bezirksumlage und die damit verbundenen hohen Belastungen für die bayerischen Städte und Gemeinden aufmerksam zu machen. Gleichzeitig schlägt OB Reiter Wege vor, wie der Freistaat die Kommunen kurzfristig entlasten kann.

Die Bezirksumlage dient der Finanzierung des Bezirks Oberbayern. Nachdem staatliche Ausgleichszahlungen und eigene Einnahmen des Bezirks abgezogen wurden, müssen die verbleibenden Kosten durch die Kommunen über die sogenannte Bezirksumlage getragen werden. Für 2025 liegt diese Umlage bei etwa 2,4 Milliarden Euro. 2026 soll sie auf rund 2,7 Milliarden Euro steigen. Davon muss allein die Stadt München rund 1,04 Milliarden Euro zahlen – eine Erhöhung um 130 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr.

Oberbürgermeister Reiter: „Ein Großteil der Infrastruktur wird von den Kommunen geschaffen und erhalten. Die Landeshauptstadt München setzt sich stets dafür ein, für ihre Bürgerinnen und Bürger eine gute Infrastruktur bereitzustellen – etwa in Bildung, Kultur, Verkehr und öffentlichem Nahverkehr. Diese Leistungen sind auch für das Umland von großer Bedeutung.“

Im Hinblick auf die aktuellen Bevölkerungsprognosen und die damit verbundenen zwingend erforderlichen Investitionen sehe ich die prekäre finanzielle Situation der bayerischen Kommunen mit großer Sorge. Die steigenden Schulden gefährden zunehmend die Stabilität der Haushalte und schränken künftige Handlungsspielräume ein.

Vor diesem Hintergrund trifft die angekündigte Erhöhung der Bezirksumlage um 130 Millionen Euro München besonders hart. Nach bereits deutlichen Steigerungen in den vergangenen Jahren ist dieser Anstieg kaum noch zu stemmen. Eine Entlastung durch den Freistaat ist daher dringend notwendig.“

Als mögliche Entlastungsmaßnahmen nennt OB Reiter eine Erhöhung der Zuweisungsmittel für die Bezirke, damit der Anteil der Kommunen zumindest auf dem Niveau von 2025 bleibt. Außerdem schlägt er vor, die Krankenhausumlage vorübergehend auszusetzen und vom Freistaat übernehmen zu lassen.

Oberbürgermeister Reiter betont, dass die Landeshauptstadt München mit diesem Problem nicht allein ist: Auch viele Landkreise im Münchner Umland protestieren gegen die geplante Erhöhung der Bezirksumlage und

sehen ihre Haushalte gefährdet: „Es gibt bereits von verschiedenen Seiten Unterstützung für diese Vorschläge. Ich appelliere daher dringend, die Kommunen nicht noch stärker zu belasten. Kommunen sind die Basis der Demokratie – ihre Leistungsfähigkeit muss erhalten bleiben. Nur gemeinsam können Land und Kommunen nachhaltige Lösungen zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger erreichen.“

Oberbürgermeister Reiter erwähnt im Brief auch eine Ankündigung von Ministerpräsident Söder aus dem Jahr 2020: „In diesem Zusammenhang sei mir abschließend die Frage gestattet, was aus Ihrem 2020 angekündigten Projekt der Schaffung eines ‚8. Regierungsbezirks Landeshauptstadt München‘ geworden ist. Die Landeshauptstadt München steht für diesbezügliche konkrete Überlegungen gerne bereit.“

Der Brief von OB Reiter an Ministerpräsident Dr. Söder im Wortlaut:

„Ein Großteil der Infrastruktur entsteht in den Kommunen und wird durch die Kommunen instandgehalten. Die Landeshauptstadt München ist stets bestrebt, für ihre Bürgerinnen und Bürger die erforderliche und angemessene Infrastruktur bereitzustellen. Insbesondere die städtischen Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie die Verkehrsinfrastruktur, einschließlich dem öffentlichen Personennahverkehr, sind auch für das Umland von enormer Bedeutung.

Im Hinblick auf die aktuellen Bevölkerungsprognosen und die damit verbundenen, zwingend erforderlichen Investitionen, blicke ich mit großer Sorge auf die prekäre Finanzsituation der bayerischen Städte und Gemeinden und auch der Landeshauptstadt München. Der steigende Schuldenstand gefährdet zunehmend die Stabilität der Haushalte und schränkt die Handlungsfähigkeit künftiger Generationen ein.

Umso mehr trifft die Landeshauptstadt München die aktuelle Ankündigung des Bezirks Oberbayern, die Bezirksumlage für das Jahr 2026 um rund 130 Millionen Euro und damit auf einen Jahresbetrag von rund 1,04 Milliarden Euro anzuheben. Angesichts der in den vergangenen Jahren bereits erfolgten, erheblichen Umlagesteigerungen wird mit dem nun angekündigten Beitrag für das kommende Jahr ein Wert erreicht, der nicht mehr geschultert werden kann.

Eine anderweitige Entlastung der Kommunen durch den Freistaat ist deshalb dringend geboten.

Hierfür schlage ich folgende Optionen vor:

Erhöhung der Zuweisungsmittel für die Bezirke:

Eine signifikante Erhöhung der Zuweisungsmittel des Freistaats Bayern an die Bezirke nach Art. 15 BayFAG könnte den nicht gedeckten Finanzbedarf der Bezirke reduzieren und dadurch den Hebesatz der Bezirksumlage senken. Allerdings wäre dabei zu gewährleisten, dass diese ergänzen-

den Mittel nicht zu Lasten anderer Ausgleichsleistungen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs bereitgestellt werden. Die Aufstockung müsste als zusätzliches Budget aus dem Staatshaushalt zur Verfügung gestellt werden. So könnte erreicht werden, dass der für das Jahr 2026 angekündigte Hebesatz des Bezirks Oberbayern von 26,35 Prozent auf dem Niveau des Jahres 2025 mit 23,55 Prozent verbleibt. In diesem Fall würde sich für die Landeshauptstadt München noch eine Bezirksumlage in Höhe von rund 930 Millionen Euro und damit eine Entlastung von rund 110 Millionen Euro ergeben.

Vorübergehende Aussetzung der Krankenhausumlage:

Die Krankenhausfinanzierung nach dem BayKrG in Höhe von insgesamt 800 Millionen Euro jährlich wird etwa zur Hälfte durch die kreisfreien Städte und Landkreise über die Krankenhausumlage getragen. Auf Grundlage der vorläufigen Steuer- und Umlagekraftzahlen wird die Landeshauptstadt München im Jahr 2026 voraussichtlich eine Krankenhausumlage in Höhe von rund 57 Millionen Euro zu leisten haben. Eine einmalige Übernahme des Kommunalanteils in Höhe von rund 400 Millionen Euro durch den Freistaat Bayern wäre eine alternative Möglichkeit, die Mehraufwendungen durch die Bezirksumlage anteilig zu kompensieren. Allerdings nur, wenn diese zusätzlichen staatlichen Mittel für die Krankenhausfinanzierung nicht zu Lasten anderer Finanzausgleichsleistungen für die Kommunen bereitgestellt würden.

Vor dem Problem der mangelnden Finanzierung und der Überbelastung steht die Landeshauptstadt München nicht allein. Ganz im Gegenteil laufen aktuell viele Landräte aus dem Münchner Umland Sturm gegen die geplante Erhöhung der Bezirksumlage und sehen die Genehmigungsfähigkeit ihrer Haushalte gefährdet. Nach meiner Kenntnis gibt es daher bereits von verschiedenen Seiten Unterstützung für die hier vorgeschlagenen Optionen. Ich kann daher nur dringend darum bitten, auf unsere Stimmen der Vernunft zu hören.

Die Kommunen sind die Keimzelle der Demokratie. Ohne die Kommunen und die Sicherung ihrer Leistungsfähigkeit wäre unsere Demokratie nicht denkbar. Ich bin überzeugt, dass sowohl die Bedürfnisse der Bezirke als auch die finanziellen Belange der Kommunen nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Akteure auf Landes- und Kommunalebene zum Wohl der bayerischen Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden können.

In diesem Zusammenhang sei mir abschließend die Frage gestattet, was aus Ihrem 2020 angekündigten Projekt der Schaffung eines ‚8. Regierungsbezirks Landeshauptstadt München‘ geworden ist. Die Landeshauptstadt München steht für diesbezügliche konkrete Überlegungen gerne bereit.“

OB Reiter: FC Teutonia soll sein Gelände auch bei Olympia behalten

(21.10.2025) Soll sich die Stadt München um Olympische und Paralympische Sommerspiele bewerben? Über diese Frage entscheiden am kommenden Sonntag, 26. Oktober, rund 1,1 Millionen stimmberechtigte Münchner*innen bei einem Bürgerentscheid. Sollte die Landeshauptstadt am Ende den Zuschlag für die Spiele bekommen – was passiert dann mit dem FC Teutonia München, dessen Gelände von den bisherigen Olympia-Plänen tangiert wäre? Diese Frage beschäftigt derzeit die Mitglieder des Klubs und dessen Vorstand.

In einem Schreiben an die Vereinsspitze bekräftigt Oberbürgermeister Dieter Reiter nun, dass die Stadt im Falle einer Ausrichtung der Spiele alles daran setzen werde, dass der Verein auch während Olympia auf seinem angestammten Gelände bleiben könne.

Das Schreiben an den Vorstand des FC Teutonia München hat folgenden Wortlaut:

„Wie Sie wissen, wurde die Landeshauptstadt München vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) im Januar 2025 gebeten, am nationalen Bewerbungsverfahren um Olympische und Paralympische Spiele 2036 oder 2040 teilzunehmen und zum 31.05.2025 ein Bewerbungskonzept abzugeben.

Der Zeithorizont für diese umfangreiche Planung war äußerst knapp bemessen. Gleichzeitig bestand in Konkurrenz zu anderen Bewerbungen (Berlin, Hamburg, Rhein-Ruhr) der Anspruch, nicht vor einer öffentlichen Befassung des Stadtrates am 28.05.2025 Details preiszugeben.

Weil jedoch im Konzept eine temporäre Nutzung des südlichen Teils des Olympiaparks aufgeführt ist, die auch die Fläche des FC Teutonia beinhaltet, wurde Ihr Verein gesondert informiert und auch der Sportbeirat hat sich mit der Thematik befasst.

Ich kann verstehen, wenn Sie sich trotzdem um die Zukunft Ihres Vereins sorgen. Diese Sorgen würde ich Ihnen gerne nehmen.

Schließlich ist der FC Teutonia München e.V. ein angestammter Breitensportverein mit einem sehr beachtlichen Jugendanteil. Die Arbeit des Vereins trägt zu vielen Zielen der Landeshauptstadt München bei, darunter die Gesundheitsförderung, die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen sowie die soziale Integration. Im Verein werden (interkulturelle) Offenheit, Toleranz und Vielfalt gelebt. Genau das soll auch die Bewerbung um Olympische Spiele leisten: Vereinen statt Spalten.

Die Wertschätzung des Vereinssports kann nicht hoch genug sein. Das gilt ausdrücklich auch für den FC Teutonia.

Daher trägt die Stadt auch mit den diversen Förderungen zur Stabilisierung des Vereins bei. Genauso gilt dies für alle förderberechtigten Sportvereine in München. Soweit sich über diese Förderung hinaus besondere Bedarfe



zur Sicherung eines Vereins wegen existenzieller Probleme ergeben haben, hat die Landeshauptstadt München stets mit hohem Aufwand Wege gefunden, um den jeweiligen Verein zu retten.

Deshalb dürfen Sie sicher sein, dass schon im Grundsatz verhindert wird, dass für den FC Teutonia ein Schaden entsteht. Die Entwicklung des Vereins soll nicht gebremst werden.

Bezogen auf das Bewerbungskonzept für Olympische Spiele: Wegen der kurzfristigen Ausrichtung auf den ‚One-Village-Ansatz‘ (möglichst viele Sportstätten auf engstem Raum) und weil zunächst die im Bundeseigentum befindlichen Flächen westlich Ihrer Anlage noch größtenteils ausgeklammert wurden, ist das Vereinsgelände des FC Teutonia in das Konzept einbezogen worden.

Die Stadt wird jedoch alles daran setzen, dass der Trainings- und Spielbetrieb des Vereins durch die Olympischen Spiele – sofern München überhaupt den Zuschlag bekommen sollte – nicht beeinträchtigt wird und der Verein auch während Olympia auf seinem angestammten Gelände bleiben kann.

Ich hoffe, dass Ihnen und Ihren Mitgliedern diese klaren Aussagen Ihre Sorgen nehmen.

Der FC Teutonia München e.V. ist ein wichtiger Bestandteil der Münchner Sportlandschaft und das wird auch so bleiben.“

Lätare-Kirche in Neuperlach: Realisierungswettbewerb entschieden

(21.10.2025) Das Areal der Lätare-Kirche im Sanierungsgebiet Neuperlach Nord ist ein außergewöhnliches Zukunftsprojekt für den Stadtteil. Kirchliche Nutzungen werden nicht mehr so umfangreich wie bisher benötigt. Um die mit dieser Veränderung einhergehende Chance zu nutzen, entwickelt die Evangelische Kirche gemeinsam mit dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung im Rahmen der Stadtsanierung das Kirchenareal zu einem vielseitigen Stadtbaustein, der einen kulturellen und sozialen Mehrwert für das gesamte Quartier bietet.

Um die Potenziale optimal auszuschöpfen und die beste bauliche und freiraumplanerische Lösung für die Entwicklung des kompakten Standortes zu finden, hat der Evangelisch-Lutherische Dekanatsbezirk München, vertreten durch das Kirchengemeindeamt, einen architektonisch-freiraumplanerischen Realisierungswettbewerb ausgelobt. Am Freitag, 17. Oktober, fand die Preisgerichtssitzung mit folgendem Ergebnis statt:

1. Preis: Steimle Architekten GmbH, Stuttgart, mit lohrer.hochrein landschaftsarchitekten und stadtplaner gmbh, München
2. Preis: CODE UNIQUE Architekten GmbH, Dresden, mit RSP Freiraum Landschaftsarchitektur GmbH, Dresden
3. Preis: Caspar Wichert Architektur ZT GmbH, Linz, mit rajek barosch landschaftsarchitektur, Wien

Unter Erhalt des Denkmalschutzes der Lätare-Kirche und der Freianlagen wird durch Umbau und Umnutzung ein vielfältiges Zentrum geschaffen werden. Dieses Zentrum wird neben der Kirche, die künftig zudem als Veranstaltungsraum genutzt wird, auch Platz für den Christophorus Hospizverein, den GesundheitsTreff Neuperlach, das BildungsLokal Neuperlach, die Diakonie, die Münchner Tafel, eine Heilpädagogische Tagesstätte Neuperlach des Vereins für psychosoziale Initiativen sowie den bestehenden Kindergarten bieten.

Zu den wesentlichen Sanierungszielen zählen die Erhöhung der Aufenthaltsqualität, der Abbau von Barrieren und die Schaffung von Orten der Begegnung und Interaktion zur Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts. Auch die Themen Klimaanpassung und die energetische Sanierung der Gebäude spielen eine bedeutende Rolle.

Stadtbaurätin Professorin Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk: „Ich bin sehr erfreut über das richtungsweisende Ergebnis des Wettbewerbs, das maßgeblich zur Weiterentwicklung Neuperlachs beitragen wird. Mein Dank gilt der Evangelischen Kirchengemeinde Lätare und allen Beteiligten für ihr großes Engagement, diesen besonderen Ort gemeinsam neu zu gestalten.“

Die Wettbewerbsbeiträge sind in der Lätare-Kirche, Quiddestraße 15, ausgestellt und können bis 23. Oktober von 10 bis 17 Uhr besichtigt werden. Ab 27. Oktober sind die preisgekrönten Arbeiten auch im Schaufenster des Stadteilladens „Quidde 35 – Raum für Stadterneuerung“ der Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung, Quiddestraße 35, zu sehen.

Das Wettbewerbsverfahren wurde mit Mitteln aus dem Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Wachstum und nachhaltige Entwicklung“ gefördert.

Bauzentrum: Online-Vortrag „Mein Strom vom Balkon“

(21.10.2025) Das Bauzentrum München lädt in Kooperation mit Solar2030 e.V. am Montag, 27. Oktober, 12 Uhr, ein zur nächsten Ausgabe der Online-Vortragsreihe Info@Lunch mit dem Thema „Mein Strom vom Balkon“. Die Teilnahme ist kostenfrei. Eine Anmeldung zur Veranstaltung ist erforderlich unter <https://t1p.de/cev42>.

Steckersolargeräte, auch als Balkonkraftwerke bekannt, sind kleine Photovoltaikanlagen, die speziell für den Betrieb auf Balkonen, Terrassen oder in Gärten entwickelt wurden. Sie ermöglichen es Mieter*innen und Eigentümer*innen, ihren eigenen Solarstrom zu erzeugen, ohne eine große Dachanlage installieren zu müssen. Der erzeugte Strom kann direkt in das Stromnetz der Eigentums- oder Mietwohnung eingespeist werden. Je nach Größe der Anlage kann so ein Beitrag von 5 bis 20 Prozent zum Strombedarf eines Haushalts geleistet werden. Peter Schaumann von So-



lar2030 e.V. stellt die kleinen Photovoltaikanlagen in seinem Vortrag umfassend vor.

Weitere Infos zum Bauzentrum online unter muenchen.de/bauzentrum und veranstaltungen.muenchen.de/bauzentrum.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 21. Oktober 2025

Aufklärung, wie es am 27.9.2025 zu einer Überfüllungssituation auf der Wiesn kam und wieso das Sicherheitskonzept nicht funktioniert hat

Antrag Stadtrat-Mitglieder Ulrike Grimm, Hans-Peter Mehling, Manuel Pretzl, Sebastian Schall und Matthias Stadler (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 29.9.2025

Umgehende Einführung einer Echtzeitmessung der Besucherzahlen auf der Wiesn

Antrag Stadtrat Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 1.10.2025

Aufklärung der Überfüllungssituation am mittleren Wiesnsamstag - Teil 2

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Evelyne Menges und Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 15.10.2025

Aufarbeitung des Überfüllungs-Chaos auf dem Oktoberfest

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste) vom 29.9.2025

Zweites Alten- und Servicezentrum (ASZ) für Laim auf dem Grundstück in der Agnes-Bernauer-Straße zügig planen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Kathrin Abele, Roland Hefter, Anne Hübner, Dr. Christian Köning, Barbara Likus, Julia Schönfeld-Knor, Micky Wenn-gatz (SPD/Volt-Fraktion), Beppo Brem, Nimet Gökmenoğlu, Ursula Harper, Gunda Krauss, Sofie Langmeier, Clara Nitsche, Sibylle Stöhr, Andreas Voß-eler (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) und Andreas Babor, Delija Balide-maj, Michael Dzeba, Alexandra Gaßmann, Rudolf Schabl, Matthias Stadler (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 17.3.2025

Aufklärung, wie es am 27.9.2025 zu einer Überfüllungssituation auf der Wiesn kam und wieso das Sicherheitskonzept nicht funktioniert hat

Antrag Stadtrat-Mitglieder Ulrike Grimm, Hans-Peter Mehling, Manuel Pretzl, Sebastian Schall und Matthias Stadler (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 29.9.2025

Umgehende Einführung einer Echtzeitmessung der Besucherzahlen auf der Wiesn

Antrag Stadtrat Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 1.10.2025

Aufklärung der Überfüllungssituation am mittleren Wiesnsamstag - Teil 2

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Evelyne Menges und Manuel Pretzl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 15.10.2025

Aufarbeitung des Überfüllungs-Chaos auf dem Oktoberfest

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider, Dirk Höpner, Nicola Holtmann und Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/München-Liste) vom 29.9.2025

Antwort Dr. Christian Scharpf, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

Nachdem es in der Vollversammlung des Münchner Stadtrats am 1.10.2025 wegen der kurzfristigen Ereignisse im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz in der Lerchenau keine Gelegenheit gab, zur Überfüllungssituation auf dem Oktoberfest am 27.9.2025 Stellung zu nehmen, komme ich meiner Zusage nach schriftlicher Beantwortung Ihrer o.g. Anfrage vom 29.9.2025, Ihres Antrags vom 29.9.2025 sowie Ihres Antrags vom 1.10.2025 gerne nach. Ebenso wird die neuerliche Anfrage vom 15.10.2025 in diesem Zuge beantwortet.

Zu den aufgeworfenen Fragen möchte ich Ihnen eingangs Folgendes schildern:

Am Samstag, den 27.9.2025 hat sich in einem Teil der Wirtsbudenstraße eine punktuelle Überfüllungssituation ergeben. Innerhalb kürzester Zeit haben sich auf Höhe von Augustiner- und Hackerzelt, Schottenhamel und Bräurosl Menschentrauben gebildet.

Als Sofortmaßnahmen wurden sukzessive die Eingänge zum Festgelände gesperrt und Durchsagen an den Eingängen sowie auf dem Platz verlesen. Aufgrund der Dynamik und der Dringlichkeit wurden die Lautsprecherdurchsagen auf dem Festgelände anfangs (17.48 bis 17.54 Uhr) nicht optimal umgesetzt. Um 17.59 Uhr erfolgte eine angepasste Durchsage.

Auch nach eingehender Analyse mit allen Beteiligten, Sicherheitsbehörden, Ordnungsdiensten und Beschicker*innen konnte die Entstehung der punktuellen Stauung in der Wirtsbudenstraße nicht auf einen einzelnen Grund zurückgeführt werden. Festleitung und Polizei haben sämtliche Videosequenzen der Situation nochmals beleuchtet.

Festgestellt werden kann, dass sich eine besonders hohe Zahl an Gästen auf dem Festplatz aufgehalten hat, die zuvor weder am ersten Wochenende noch an den meisten Tagen in den Vorjahren erreicht wurde. Während des Reservierungswechsels versuchten viele Gäste, über die Haupteingänge in eines der geschlossenen Zelte zu gelangen.

Für Überfüllungsszenarien, insbesondere an besucherstarken Tagen mit einer guten Wetterprognose, besteht ein mehrphasiges Konzept, welches die einzelnen Szenarien differenzierter in Ereignisstufen von 0 bis 3 betrachtet:

- In Phase 0 wird situativ die Öffentlichkeit über eine drohende Überfüllung informiert.
- In Phase 1 wird versucht, durch eine vorübergehende aktive Lenkung der Besucherströme stark belastete Eingänge und Straßen zu entlasten. Lageabhängig werden Zugänge temporär geschlossen, während gleichzeitig ein störungsfreies Abströmen der Gäste, die das Gelände verlassen wollen, gewährleistet wird.
- In Phase 2 werden lageabhängig weitere Zugänge in die temporäre Sperrung einbezogen.
- In Phase 3 wird das Festgelände vorübergehend komplett geschlossen. Die Festwirte werden über die getroffenen Maßnahmen informiert.

Der Koordinierungskreis kann im Einzelfall lageangepasste Abweichungen jederzeit beschließen.

Angesichts der geschilderten sehr kurzfristigen Entwicklung konnte das mehrphasige Konzept am 27.9.2025 nicht mehr zur vollen Umsetzung gebracht werden. Veranstaltungsleitung und Sicherheitsbehörden mussten vielmehr kurzfristige Akutmaßnahmen umsetzen. Diese bestanden in der Schließung des Einganges P2, sodann nach kurzer Zeit in der Schließung sämtlicher Eingänge sowie der Beschallung des Platzes mit einer Lautsprecherdurchsage und dem Entfall von U-Bahn-Halten. Parallel erfolgten kommunikative Maßnahmen außerhalb des Platzes (z.B. Information über Social Media und Infoscreens an den U- und S-Bahnhöfen, Durchsagen der

MVG). Rund eine Stunde nach der Sperrung des Geländes konnten alle ergriffenen Maßnahmen wieder aufgehoben werden.

Nach meiner Amtsübernahme im März habe ich an den bestehenden bislang gültigen Strukturen und sicherheitsmäßigen Vorkehrungen nichts verändert. Veranstalter und Sicherheitsbehörden waren und sind sich darin einig, dass das Sicherheitskonzept grundsätzlich tragfähig ist und funktioniert. Der mittlere Wiesn-Samstag hat jedoch gezeigt, dass in der Vergangenheit nicht alle Maßnahmen getroffen worden waren, die ein frühzeitiges Erkennen von punktuellen Gefahrensituationen ermöglichen.

In einem ersten Schritt habe ich deshalb umgehend zusätzliche Maßnahmen umgesetzt, damit es am besucherstarken Feiertag und am letzten Wiesn-Wochenende zu keinen ad hoc-entstehenden Stauungen im Außenbereich mehr kommen konnte. Auch für die kommenden Oktoberfeste werden weitere Maßnahmen umgesetzt:

1. Ich habe kurzfristig veranlasst, dass für die besucherstarken Tage ab Donnerstag, 2.10.2025 ein gezieltes Crowd Spotting zum Einsatz kam, also die gezielte Beobachtung und Analyse der Menschenmenge in den verschiedenen Bereichen des Festgeländes.
2. Mehrsprachige Lautsprecherdurchsagen spielen zur Lenkung der Besucherströme eine Schlüsselrolle. Hierfür habe ich umgehend einen eigens geschulten Sprecher beauftragt, der Zugang zu den verschiedenen Livecams hatte und direkt an die Entscheidungsebene angebunden war. Der Einsatz erfolgte ab Donnerstag, 2.10.2025.
3. Wir müssen das Beobachtungsmanagement im Servicezentrum optimieren. Hierzu müssen Strukturen optimiert und ein gemeinsamer Beobachtungsraum geschaffen werden, der die Zusammenarbeit noch mehr verzahnt.
4. Die intensive Einbindung der Beschicker*innen auf dem Platz muss durchgängig sichergestellt sein. Diese haben eine wichtige Multiplikatorenfunktion. Eine frühzeitige Versorgung mit Informationen, die diese an ihre Gäste und Mitarbeiter*innen weitergeben können, kann auch zu einer verbesserten Sicherheit beitragen. Entsprechende Strukturen habe ich kurzfristig verstärkt – sowohl in der direkten Ansprache als auch parallel über die Sprecher*innen der Verbände. Diesen darf ich an dieser Stelle einen herzlichen Dank für den schnellen und zuverlässigen Informationsfluss, sowohl gegenüber den Beschicker*innen als auch gegenüber der Festleitung, aussprechen.
5. Einführung einer Echtzeitmessung der Besucherzahlen. Bislang können die Besucherzahlen nur im Nachgang aufgrund der Mobilfunkdaten technisch festgestellt werden. Der mittlere Wiesn-Samstag hat gezeigt,

dass die Bestimmung durch die Mitglieder des Koordinierungskreises anhand der Lagebilder nicht ausreichend ist. Wir müssen in Echtzeit wissen, wie viele Menschen auf dem Gelände sind und nicht bloß aufgrund von Schätzungen. Dann kann die aktuelle Situation auf dem Gelände auch frühzeitiger nach außen kommuniziert werden.

Die Sofortmaßnahmen wurden an den Folgetagen erfolgreich eingesetzt. Dadurch konnte eine vergleichbare Überfüllungssituation an ähnlich besucherstarken Tagen, wie z.B. dem 3.10., frühzeitig erkannt und aufgelöst werden. Durch die frühzeitige Kommunikation über Social Media und die Besucherlenkung, insbesondere mittels Lautsprecherdurchsagen, konnten punktuelle Ballungen effektiv im Ansatz verhindert werden.

Im Übrigen hatte die Polizei nach dem mittleren Samstag ihre Präsenz verstärkt und die Festleitung hatte über Website und Instagram stärker darauf hingewiesen, dass es am letzten Donnerstag, Freitag und Samstag insbesondere zu Zeiten des Reservierungswechsels ohne Reservierung schwer werden könne, Plätze in den großen Zelten zu ergattern.

Wir arbeiten in allen Bereichen bereits an der Umsetzung von weiteren Maßnahmen für das Oktoberfest 2026. In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit dem Veranstalter und den Sicherheitsbehörden werden sämtliche Optionen geprüft, analysiert und vorbereitet. Bereits am 8.10.2025 hat ein erster Lenkungskreis getagt.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit in Bezug auf Antrag Nr. 20-26/A 05960 vom 1.10.2025 (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) und Antrag Nr. 20-26/ A05948 vom 29.9.2025 (Fraktion ÖDP/München-Liste) damit abgeschlossen ist.

**Ergänzende Antwort zur Anfrage Nr. 20-26/F 01316 vom 29.9.2025
(Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)**

(Vorbemerkungen s.o.)

Die in Ihrer Anfrage Nr. 20-26/F 01316 vom 29.9.2025 konkret gestellten Fragen können wie folgt beantwortet werden:

Frage 1:

Welche Gründe führten zu einer Überfüllung des Festgeländes?

Antwort:

Siehe Vorbemerkungen.

Frage 2:

Wie kam es dazu, dass die Entscheidung für eine Sperrung vergleichsweise spät getroffen wurde? Mit welchen Frühwarnsystemen (z.B. kameragestützte/automatisierte Zählung) arbeiten Sicherheitsbehörden und Festleitung?

Antwort:

Siehe Vorbemerkungen, ergänzend:
Zähl- oder Analysedaten in Echtzeit werden bislang nicht erhoben. Die Feststellung der Besucherdichten erfolgte bisher durch die Festleitung sowie der Sicherheitsbehörden. Hierzu dienten Begehungen des Platzes sowie die Auswertung von Kamerabildern durch die Polizei und Festleitung. Parallel wurden bei der MVG laufend die aktuellen Füllstände der An- und Abtransporte abgefragt. Dadurch haben sich bisher Prognosen ergeben, die sich bei Abgleich mit den Mobilfunkdaten im Nachgang als sehr zuverlässig erwiesen haben.

Frage 3:

Weshalb erfolgten die ersten Durchsagen zunächst nur auf Deutsch, obwohl bekannt war, dass zahlreiche internationale Gäste diese nicht verstehen konnten? Welchen Grund gibt es, dass auf eine englische Durchsage gänzlich verzichtet wurde? Wer hat diese Durchsage mit konkret diesem Inhalt autorisiert?

Antwort:

Siehe Vorbemerkungen, ergänzend:
Die nicht optimale Fassung der ersten Durchsage war der Akutsituation geschuldet.

Frage 4:

Warum wurde der Grund für die Schließung und „Entfluchtung“ der Theresienwiese nicht klar an die Besucherinnen und Besucher kommuniziert?

Antwort:

Die nicht optimale Fassung der ersten Durchsage war der Akutsituation geschuldet. 11 Minuten später wurde eine korrigierte Fassung ausgesandt.

Frage 5:

War der Festleitung bewusst, dass die Art der Kommunikation eine weitere Verschärfung der Lage verursacht?

Antwort:

Siehe Antwort zu Fragen 3 und 4.

Frage 6:

Was konkret sieht das Sicherheitskonzept der Festleitung und der zuständigen Sicherheitsbehörden in derartigen Fällen vor? Laut Wiesn-Chef sei von den Abläufen zunächst abgewichen worden. Warum?

Antwort:

Siehe Vorbemerkungen.

Frage 7:

Weshalb wurden die Gäste auch in den Zelten aufgefordert, die Zelte zu verlassen? Wer hat dies angeordnet?

Antwort:

Lediglich die allgemeine Durchsage war in einzelnen Zelten zu hören. Eine Durchsage mit der Aufforderung zum Verlassen der Zelte erfolgte nicht.

Frage 8:

Gab es Defizite in der Abstimmung zwischen Festleitung, Sicherheitsbehörden und Wirten?

Antwort:

Aufgrund der Akutsituation musste die Priorität zunächst auf alle Maßnahmen zur Auflösung der punktuellen Überfüllungslage gelegt werden. Die Wirte wurden um 17.48 Uhr von der Festleitung informiert. Zusätzlich erfolgte die Information an den erweiterten Arbeitskreis Kommunikation um 17.47 Uhr. Die Mitglieder des Arbeitskreises (inkl. Vertretungen der Beschickerguppen) dienen zusätzlich als Multiplikatoren, die Informationen innerhalb ihrer Gruppen weiterleiten.

Frage 9:

Was brachte die Festleitung dazu, auf der offiziellen Instagram Seite der Stadt München einen Post zu veröffentlichen und nach zahlreichen kritischen Kommentaren den gesamten Post zu löschen?

Antwort:

Der Post zur Sperrung wurde gelöscht, nachdem sich die zeitlich begrenzte Situation aufgelöst hatte und der Post daher nicht mehr relevant war. Dieses sicherheitstechnisch zwingende Vorgehen dient dazu, Verwirrung, ob das Festgelände noch gesperrt sei oder nicht, zu vermeiden und ist Standard bei Veranstaltungen.

Frage 10:

Über die Überfüllung des Festgeländes und die getroffenen Maßnahmen sind die Unternehmen auf dem Oktoberfestgelände erst ca. eine Stunde nach den Durchsagen der Festleitung informiert worden. Wie wird die Kommunikation mit den Festwirten und Beschickern für das laufende Fest und für weitere Veranstaltungen optimiert und sichergestellt?

Antwort:

Vgl. Antwort zu Frage 8, ergänzend:

Es ist richtig, dass die Beschicker*innen am Ereignistag erst ca. eine Stunde nach den Durchsagen von der Festleitung gesondert informiert worden sind. Hier haben wir erfolgreich nachgebessert, wie sich bereits bei den Geschehnissen am 1.10. und den weiteren erforderlichen temporären Sperrungen des Festgeländes beziehungsweise einzelner Eingänge wegen drohender Überfüllung gezeigt hat. Es fand eine intensivere Einbindung statt, die zu positiven Rückmeldungen geführt hat.

Frage 11:

Wie wird der gesamte Vorfall innerhalb der Stadtverwaltung aufgearbeitet und bewertet? Welche Konsequenzen werden daraus abgeleitet?

Antwort:

Mit der Aufarbeitung wurde noch am Abend des 27.9.2025 begonnen. Erste Maßnahmen wurden unmittelbar erfolgreich umgesetzt, siehe Vorbemerkungen. Die Erfahrungen der Wiesn 2025 werden dauerhaft in die Fortentwicklung des Sicherheitskonzept miteinbezogen.

Frage 12:

Wie wird sichergestellt, dass die Interessensvertretungen auf dem Oktoberfest (Große und Kleine Wiesnwirte, Schaustellerverbände und Marktkaufleute) in die Aufarbeitung des Vorfalls eingebunden werden, um in Zukunft besser zu kommunizieren?

Antwort:

Vgl. Antwort zu Frage 8. Die Vorbereitung auf das Oktoberfest 2026 wird strukturiert mit den Beschickergruppen erfolgen.

Ergänzende Antwort zur Anfrage Nr. 20-26/F 01334 vom 15.10.2025 (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

(Vorbemerkungen s.o.)

Die in Ihrer Anfrage Nr. 20-26/F 01334 vom 15.10.2025 gestellten Fragen werden im Auftrag des Oberbürgermeisters durch das Referat für Arbeit

und Wirtschaft, unter Einbeziehung des Kreisverwaltungsreferates, wie folgt beantwortet:

Frage 1:

Gibt es den von der AZ zitierten internen Lagebericht des KVR oder eine entsprechende interne Einschätzung des Referats zur Überfüllungssituation?

- a. Wenn ja, ist es zutreffend, dass diese Einschätzung den öffentlichen Aussagen des RAW widerspricht? Wenn ja, in welchen Punkten?*
- b. Wenn ja, welche Stelle hat diese Einschätzung zu welchem Zeitpunkt verfasst und wer hatte davon Kenntnis?*
- c. Wenn ja, wieso wurde der AZ-Artikel tags darauf via RU dementiert?*

Antwort:

Das Kreisverwaltungsreferat hat kein derartiges Lagebild erstellt.

Frage 2:

Wenn nein, wie erklären sich das KVR und der Oberbürgermeister die im AZ-Artikel „Stunden hinter der Lage“ zitierten Aussagen? Wie bewerten Sie die zunächst widersprüchlichen Aussagen der Referate, auch hinsichtlich des Vertrauens der Bevölkerung in die Zusammenarbeit der städtischen Behörden in sicherheitsrelevanten Fragen?

Antwort:

Das Kreisverwaltungsreferat wurde vor der Berichterstattung von der Abendzeitung nicht angefragt und hat dementsprechend gegenüber der Abendzeitung auch keine solchen Aussagen getätigt. Ungeachtet dessen gab es keine Widersprüchlichkeiten und es besteht Einigkeit darüber, dass das Sicherheitskonzept grundsätzlich tragfähig ist und funktioniert. Das Kreisverwaltungsreferat und das Referat für Arbeit und Wirtschaft sind sich darüber einig, dass es hierüber keine widersprüchlichen Aussagen gibt.

Frage 3:

Warum erfolgte die Mitteilung des Kreisverwaltungsreferats in eigener Sache in der Rathaus Umschau vom 6.10.2025? Wer hat diese Mitteilung veranlasst?

Antwort:

Das Kreisverwaltungsreferat nahm in der Rathaus Umschau am 6.10.2025 Stellung, um klarzustellen, dass ein in der Berichterstattung der Abendzeitung vom selben Tag erwähntes Lagebild nicht erstellt wurde.

Frage 4:

Entspricht es dem Verständnis des Oberbürgermeisters für das Amt des Wiesn-Chefs, dass es üblich sei, dass der zuständige Referent nicht Teil des Koordinierungskreises ist?

Antwort:

Es gilt das genehmigte Sicherheitskonzept, das vor Beginn der Veranstaltung mit den Sicherheitsbehörden, insbesondere dem Polizeipräsidium München, der Branddirektion und dem Veranstaltungsbüro des Kreisverwaltungsreferates abschließend abgestimmt wurde.

Demnach ist die jeweils diensthabende Veranstaltungsleitung des Referats für Arbeit und Wirtschaft Mitglied des Koordinierungskreises. Hierfür benannt sind in der erforderlichen „Anzeige für öffentliche Vergnügungsveranstaltung auf Privatgrund/in städtischen Grünanlagen/in geschlossenen Räumen“ fachlich spezialisierte Mitarbeiter*innen des Fachbereichs Veranstaltungen und wie in den Jahren zuvor nicht der Referent für Arbeit und Wirtschaft.

Frage 5:

War der Referent für Arbeit und Wirtschaft an besagtem Samstag Teil des Koordinierungskreises und welche Rolle kommt ihm hierbei tatsächlich zu?

Antwort:

Auch wenn ich nicht Mitglied des Koordinierungskreises bin (vgl. Antwort zu Frage 4), entspricht es meinem Verständnis an die Rolle des Wiesnchefs und meinem Bewusstsein für die Gesamtverantwortung, bei Bedarf am Koordinierungskreis teilzunehmen. Deshalb habe ich mich auch am 27.9.2025 nach Einberufung unverzüglich zum Treffen des Koordinierungskreises begeben.

Frage 6:

Wie bewerten der Oberbürgermeister und das KVR die Aussagen des Wiesn-Chefs im SZ-Artikel, dass Sicherheitsstufen übersprungen bzw. abgeändert wurden? Wer trägt dafür aus Sicht des Oberbürgermeisters, des KVR und des RAW die Verantwortung?

Antwort:

Wie bereits eingangs geschildert, konnte angesichts der sehr kurzfristigen Entwicklung das mehrphasige Konzept am 27.9.2025 nicht mehr zur vollen Umsetzung gebracht werden. Veranstaltungsleitung und Sicherheitsbehörden mussten vielmehr kurzfristige Akutmaßnahmen umsetzen.

Frage 7:

Wann und in welcher Form werden die städtischen Untersuchungsergebnisse der Überfüllungssituation vom mittleren Wiesnsamstag dem Stadtrat und der Öffentlichkeit vorgestellt?

Antwort:

Die wesentlichen Ergebnisse zur Analyse wurden bereits am 30.9.2025 im Rahmen einer Pressekonferenz und ergänzender Pressemitteilung des Referats für Arbeit und Wirtschaft sowie im Zuge der Abschlusspressekonferenz öffentlich kommuniziert. Ergänzende Informationen erfolgen im Zuge der öffentlichen Beantwortung der vorliegenden Stadtratsanfragen und-anträge. Darüber hinaus ist das Thema auch Gegenstand des interfraktionellen Arbeitskreises „Oktoberfest“ am 21.10.2025.

Frage 8:

Zu welcher vorläufigen und objektiven Einschätzung kommen die Verantwortlichen nach der Berichterstattung der Referate, was die Überfüllungssituation am mittleren Wiesnsamstag und ihre Ursachen betrifft? Welche Konsequenzen werden daraus gezogen?

Antwort:

Siehe Vorbemerkungen.

Ich hoffe, dass ich Ihre Fragen hiermit vollumfänglich beantworten konnte.

Zweites Alten- und Servicezentrum (ASZ) für Laim auf dem Grundstück in der Agnes-Bernauer-Straße zügig planen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Kathrin Abele, Roland Hefter, Anne Hübner, Dr. Christian Köning, Barbara Likus, Julia Schönfeld-Knor, Micky Wenn-gatz (SPD/Volt-Fraktion), Beppo Brem, Nimet Gökmenoğlu, Ursula Harper, Gunda Krauss, Sofie Langmeier, Clara Nitsche, Sibylle Stöhr, Andreas Voß-eler (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) und Andreas Babor, Delija Balide-maj, Michael Dzeba, Alexandra Gaßmann, Rudolf Schabl, Matthias Stadler (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 17.3.2025

Antwort Edwin Grodeke, Leiter des Kommunalreferats:

Mit Ihrem Antrag fordern Sie die Landeshauptstadt München, Kommunalreferat, auf, ein zweites Alten- und Service-Zentrum (ASZ) für Laim auf dem Grundstück in der Agnes-Bernauer-Straße zügig zu planen und dem Stadtrat ein entsprechendes Konzept für die künftige Nutzung des gesamten Areals vorzulegen.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlaube ich mir, Ihren Antrag als Brief zu beantworten.

Zu Ihrem Antrag vom 17.3.2025 teile ich Ihnen Folgendes mit:

Für das Grundstück in der Agnes-Bernauer-Straße wurde eine Konzeptstudie über mögliche Bebauungsvarianten erstellt. Sie umfasst ein ASZ nach vorliegendem Nutzerbedarfsprogramm und die Herstellung von 13-14 Wohneinheiten.

Derzeit befinden sich zudem mehrere baurechtliche und nachbarschaftsrechtliche Themen in Klärung. Im Rahmen dessen hat der Stadtrat mit Beschluss der Vollversammlung vom 24.7.2024 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 13794) das Kommunalreferat bereits mit Ankaufverhandlungen zu einem Nachbargrundstück beauftragt.

Aufgrund der Konsolidierungserfordernisse ist die Finanzierung eines zweiten ASZ für Laim bzw. der Gesamtmaßnahme Agnes-Bernauer-Straße aktuell nicht gesichert. Das Ob und Wie der Fortführung des Projektes soll in den im Herbst 2025 stattfindenden Konsolidierungsfolgegesprächen thematisiert werden.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Dienstag, 21. Oktober 2025

Mehr Sicherheit im ÖPNV und auf Bahnhöfen mit SafeNow

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Mona Fuchs, Nimet Gökmenoğlu, Mo Lüttig, Angelika Pilz-Strasser und David Süß (Die Grünen– Rosa Liste – Volt)

Bürgerentscheid für alle: Aufklärung zu fehlenden Unterlagen in Unterkünften!

Dringlichkeitsantrag Stadtrat Tobias Ruff (Fraktion ÖDP/ München-Liste)

ÖPNV darf kein Angst-Raum sein

Antrag Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion)

Inobhutnahmen von Kindern in München

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Daniel Stanke, Markus Walbrunn und Iris Wassill (AfD)

Sicherheit der Einrichtungen demokratisch gewählter Parteien gewährleisten (DA)

Dringlichkeitsantrag Stadtrats-Mitglieder Daniel Stanke, Markus Walbrunn und Iris Wassill (AfD)

**Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus**

München, 21.10.2025

Mehr Sicherheit im ÖPNV und auf Bahnhöfen mit SafeNow

Antrag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit der MVG, der DB und dem Polizeipräsidium München den Einsatz der auf dem Oktoberfest und in Nachtclubs erprobten App SafeNow auf Bahnhöfen und in den Fahrzeugen der S- und U-Bahnen sowie in Bussen zu prüfen.

Begründung:

Eine vom Kreisjugendring in Auftrag gegebene Studie zur jungen Mobilität in München förderte erschreckende Ergebnisse zutage¹. Demnach meiden insbesondere junge Frauen* in den Nachtstunden den ÖPNV. Ganze 75 Prozent der befragten Frauen äußerten sich dahingehend, während es bei Männern „lediglich“ 38 Prozent waren. Diese Einschränkung im subjektiven Sicherheitsempfinden ist leider auch empirisch nachvollziehbar: 28 Prozent der jungen Frauen wurden demnach bereits selbst sexuell bedrängt.

Derartige Zahlen sind nicht hinnehmbar und bedürfen dringend einer Reaktion. Der Einsatz von SafeNow ist eine schnell einsetzbare gute erste Maßnahme, der noch weitere folgen müssen. Zudem erhöht SafeNow sowohl das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste als auch die objektive Sicherheitslage, wie ein Pilotprojekt der DB am Bahnhof Berlin Südkreuz zeigen konnte².

¹ <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-oepnv-nahverkehr-frauen-sexuelle-belaestigung-studie-li.3322644>

² [https://cdn.prod.website-files.com/62835268fd485929d34f7e94/648346bea233e95b00595752_SafeNow_DB_Zusammenfassung%20Abschlussbericht%20\(1\).pdf](https://cdn.prod.website-files.com/62835268fd485929d34f7e94/648346bea233e95b00595752_SafeNow_DB_Zusammenfassung%20Abschlussbericht%20(1).pdf)

Fraktion Die Grünen/Rosa Liste /Volt

Mona Fuchs

David Süß

Anja Berger

Mo Lüttig

Nimet Gökmenoğlu

Angelika Pilz-Strasser

Mitglieder des Stadtrates

An den
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 21.10.2025

Dringlichkeitsantrag zur Behandlung in der Vollversammlung am 22.10.2025:

Bürgerentscheid für alle: Aufklärung zu fehlenden Unterlagen in Unterkünften!

Die Stadtverwaltung wird gebeten darzustellen,

1. ob die Bewohner:innen von Wohnungslosenunterkünften in München grundsätzlich stimmberechtigt sind und bei Bürgerentscheiden automatisch in das Wählerverzeichnis aufgenommen werden,
2. ob die Abstimmungsunterlagen für den Bürgerentscheid zur Olympiabewerbung rechtzeitig und vollständig an alle Stimmberechtigten in diesen Unterkünften versendet wurden,
3. ob besondere Informationsmaßnahmen (z.B. Aushänge am schwarzen Brett) in den Wohnungslosenunterkünften erfolgt sind.

Begründung:

Uns wurde aus einer Münchner Wohnungslosenunterkunft berichtet, dass mehrere Bewohner:innen bisher keine Abstimmungsunterlagen zum Bürgerentscheid über die Olympiabewerbung erhalten haben sollen.

Auch wenn diese Information noch nicht verifiziert ist, muss gewährleistet sein, dass alle Münchner:innen unabhängig von ihrer Wohnsituation ihr demokratisches Stimmrecht ausüben können. Dazu gehören ausdrücklich auch Menschen, die in Wohnungslosenunterkünften gemeldet sind.

Der Stadtrat sollte daher nachvollziehbar klären, wie die Versendung der Unterlagen an diese Adressen organisiert ist, ob es zu Problemen gekommen ist und ob die Stadt sicherstellt, dass auch Personen ohne festen Wohnsitz rechtzeitig informiert und berücksichtigt werden.

Der Antrag ist dringlich, da der Bürgerentscheid schon am 26.10.2025 stattfindet und der Ausgang sehr eng werden könnte. Sollte sich im Nachhinein zeigen, dass die Wahlunterlagen nicht an alle Wahlberechtigten versendet wurden, könnte die Gültigkeit des Entscheids in Frage gestellt werden.

Initiative:

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München



München, 21. Oktober 2025

Antrag

ÖPNV darf kein Angst-Raum sein

1. Die Stadt München initiiert gemeinsam mit der MVG eine städtische Informations- und Sensibilisierungskampagne unter dem Motto „Nahverkehr sicher – für alle“, die insbesondere junge Frauen*, aber letztendlich alle Mitfahrende anspricht. Ziel ist, Handlungsmöglichkeiten im Fall von Belästigung transparent zu machen und gesellschaftliche Debatten über Sicherheit im öffentlichen Raum zu stärken.
2. Es wird ein Monitoring-System eingerichtet, das regelmäßig (mindestens alle zwei Jahre) Daten zu Belästigungs- und Übergriffserfahrungen im ÖPNV erhebt, nach Geschlecht, Alter, Uhrzeit, Linien oder Haltestellen differenziert. Die Ergebnisse werden dem Stadtrat berichtet und öffentlich zugänglich gemacht.
3. Es wird geprüft, wie Nachtverbindungen und das Mobilitätsangebot in den späten Stunden so gestaltet werden können, dass alle Personengruppen, die regelmäßig von Übergriffen betroffen sind (Frauen*, junge Menschen sowie Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion oder ihrer sexuellen Orientierung ausgegrenzt werden), sie ohne Angst nutzen können. Dabei sollen insbesondere Haltestellen und Strecken mit geringer Frequentierung, unzureichender Ausleuchtung oder erhöhtem Unsicherheitsgefühl berücksichtigt werden und dort Verbesserungen umgesetzt werden.
4. Junge Menschen – insbesondere junge Frauen* – werden aktiv in die Entwicklung und Umsetzung der Maßnahmen eingebunden. Dafür werden geeignete Beteiligungsformate geschaffen (z. B. Workshops, digitales Beteiligungsportal).
5. Zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens und der Erreichbarkeit von Hilfe wird die Einführung bzw. der Ausbau von Hilfeknopf- bzw. Notruftasten-Systemen an Haltestellen, in Bahnhöfen sowie in Fahrzeugen geprüft. Ziel ist, dass betroffene Personen im Notfall schnell und niedrigschwellig Unterstützung anfordern können. Dabei werden bestehende technische Möglichkeiten sowie Best-Practice-Beispiele anderer Städte berücksichtigt.
6. Das Personal der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) wird gezielt im Umgang mit Belästigung und sexualisierter Gewalt geschult. Ziel ist, dass Fahrer*innen, Servicekräfte und Kontrollpersonal auf solche Situationen angemessen reagieren, Betroffenen Unterstützung

Stadtratsfraktion

Die Linke / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

anbieten und zur Deeskalation beitragen können. Dabei sollen Schulungskonzepte entwickelt werden, die auf Sensibilisierung, Handlungskompetenz und klare Meldewege setzen.

7. Die MVG soll prüfen, ob bei Nachtbussen flexiblere Halteangebote für Menschen angeboten werden können, also ob Busfahrende auf Nachfrage auch zwischen den offiziellen Haltestellen halten können, damit betroffene Menschen einen kürzeren Weg nach Hause haben
8. Des Weiteren wird geprüft, inwieweit Menschen ermutigt werden können, mehr Zivilcourage zu zeigen und die Anzahl der „wegsehenden Personen“ aktiviert werden kann, sich aktiv einzumischen, bzw. zu einem erhöhtem Sicherheitsgefühl beitragen können.
9. Die MVG prüft, an welchen Haltestellen die architektonischen Rahmenbedingungen optimiert werden können (also Beleuchtungskonzepte verbessern oder nicht einsehbare Ecken vermeiden) zu einem erhöhten Sicherheitsgefühl beitragen können.

Begründung

Die veröffentlichte Studie des Kreisjugendring München-Stadt zeigt, dass sich nachts nur 54 % der befragten jungen Menschen im Münchner ÖPNV sicher fühlen. Bei jungen Frauen meiden sogar 75 % den ÖPNV in den Nachtstunden. Fast 28 % der jungen Frauen haben bereits sexuelle Belästigung im ÖPNV erlebt.¹

Diese Zahlen machen deutlich: Der öffentliche Nahverkehr ist für viele Frauen kein sicherer Raum. Das subjektive Unsicherheitsgefühl und reale Belästigungserfahrungen führen dazu, dass junge Frauen ihre Mobilität einschränken oder vermeiden. Dies ist nicht nur eine Frage der Sicherheit, sondern eine der sozialen Gerechtigkeit und Gleichberechtigung.

Ein starker ÖPNV kann nur funktionieren, wenn er für alle Menschen gleichermaßen nutzbar ist – unabhängig von Geschlecht, Alter oder Tageszeit. Sichtbarkeit des Problems, belastbare Daten, niedrigschwellige Hilfsmöglichkeiten und die Beteiligung Betroffener sind dafür zentrale Hebel.

Die Verwaltung und der MVV können sich ebenfalls an dem Projekt „Zeig Flagge – Zeig’s an“ orientieren.²

Bei einem städtischen Konzept zur Verbesserung dieser Situation ist insbesondere darauf zu achten, dass eine breitere Zivilcourage gefördert wird. Unterlassene Hilfeleistung ist strafbar.

Initiative:

¹ <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-oepnv-nahverkehr-frauen-sexuelle-belaestigung-studie-li.3322644>

² <https://zeigs-an.de/>

Stadtratsfraktion

Die Linke / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München

Stadtrat Stefan Jagel
Stadträtin Marie Burneleit

Gezeichnet:

Stadträtin Brigitte Wolf
Stadtrat Thomas Lechner



Die PARTEI

Stadtratsfraktion München

Stadtratsfraktion

Die Linke / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

Anfrage



Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

München, 20.10.2025

Inobhutnahmen von Kindern in München

Mehrfach haben sich Eltern an die AfD-Stadtratsgruppe gewandt und darüber berichtet, dass ihnen Kinder zeitweise oder für länger weggenommen und in Obhut gegeben wurden. Es handelte sich um alleinerziehende Frauen, die versucht haben, die Kindererziehung mehrerer eigener Kinder mit einer Teilzeitberufstätigkeit zu vereinen. Sie meinten, dass sie nicht unbedingt auf Verständnis dafür gestoßen seien, sowohl im Jobcenter als auch im zuständigen Stadtjugendamt. Die Inobhutnahmen belasten diese Frauen und im Endeffekt das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern.

Sicherlich wird der weit überwiegende Teil von Inobhutnahmen zum Wohl der Kinder völlig gerechtfertigt erfolgen. Auf der Homepage der Stadt München finden sich auch viele Hilfsangebote für Eltern, Kinder, Jugendliche, die aktiv Hilfe suchen und Nachbarn von Familien, die Verdachtsfälle melden möchten. Die Inobhutnahme erfolgt allerdings ggf. nicht immer mit Wissen der Eltern. Die Kosten der Unterbringung werden diesen jedoch, sofern sie zahlungsfähig sind, auferlegt. Die Eltern können beim Familiengericht eine Anhörung verlangen. Für Beschwerden vorab wird auf der Website zwar ein Button angeboten, dieser führt aber wieder zu der für Jugendschutz zuständigen Stelle des Sozialreferats.

<https://stadt.muenchen.de/service/info/inobhutnahme-von-kindern-und-jugendlichen/1074888/n0/>

<https://stadt.muenchen.de/service/info/jugendschutz/10320666/>

Der Oberbürgermeister wird gebeten folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Inobhutnahmen gab es in München von 2020 bis 2025 (bitte nach Jahren aufführen, Gesamt, Einzelkind-, 2-3 Kinder- u. Mehr-als-3-Kinderfamilien bzw. -Haushalten)?
2. In wie vielen Fällen waren von teilzeitarbeitenden Alleinerziehenden Kinder in Obhut genommen worden (bitte von 2020-2025 gliedern)?
3. In wie vielen Fällen haben sich Eltern oder Alleinerziehende gegen Inobhutnahmen gewehrt?
4. Welche Hilfsangebote gibt es über die Jobcenter hinsichtlich Unterstützung von Alleinerziehenden und Teilzeittätigkeitsvermittlung?
5. Wird betroffenen Eltern oder Alleinerziehenden Rechtsberatung nahegelegt oder finanziell zugänglich gemacht?
6. Gibt es eine Dienstanweisung hinsichtlich des Umgangs mit betroffenen Eltern?
 - a. Wenn nein, wieso nicht?
 - b. Falls ja, bitte (ggf. nicht öffentlich) der Antwort beilegen.

Anfrage



7. Von wem werden die Kosten für die Unterbringung der Kinder übernommen, wenn es die Eltern nicht bezahlen können?
8. In welcher Höhe sind Kosten für die Unterbringung in Obhut genommener Kinder für die Stadt München von 2020 bis 2025 angefallen (bitte nach Jahren auflgliedern)?
9. An wen können sich Eltern noch innerhalb der Stadtverwaltung wenden, wenn sie die Inobhutnahme für nicht angezeigt halten?
10. Gibt es ein internes Kontrollsystem (bspw. Stichproben) zur Überprüfung von Inobhutnahmen von Kindern, um eine möglichst einheitliche Beurteilung der Fälle sicherzustellen?

Initiative:

Iris Wassill
ea. Stadträtin

Markus Walbrunn
ea. Stadtrat

Daniel Stanke
ea. Stadtrat

Dringlichkeitsantrag zur Vollversammlung am 22. Oktober 2025



Herrn Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

München, 20.10.2025

Dringlichkeitsantrag zur Vollversammlung am 22.10.2025: Sicherheit der Einrichtungen demokratisch gewählter Parteien gewährleisten [DA]

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zum Schutz der Organe der Demokratie in München unverzüglich einen Sondertopf von 50.000 Euro für 2025 und 2026 einzurichten und einen Kriterienkatalog zur Ausreichung an politische Parteien, wie die AfD, mit schutzbedürftigen Einrichtungen in München zu definieren. Dieser soll vom KVR verwaltet werden. Die Förderung soll „blinde Flecken“ im Sicherheitsnetz der Institutionen abdecken und das Schutzniveau von Einrichtungen, die einem hohen Risiko ausgesetzt sind, massiv erhöhen. Förderungen sollen dem Grundsatz nach nachrangig zu Förderungen durch den primär für Sicherheitsmaßnahmen zuständigen Freistaat Bayern sowie in Abstimmung mit den Sicherheitsbehörden des Freistaats erfolgen.

Begründung:

Die Partei der Alternative für Deutschland (AfD) hat nach dem Grundgesetz den Auftrag an der Meinungsbildung des Volkes beizutragen. Sie tut dies in München unter erschwerten Bedingungen. Im Gegensatz zu den anderen Parteien wurden gezielt Entscheidungen u. a. im Stadtrat getroffen, der AfD die zur Meinungsbildung nötige Öffentlichkeitsarbeit in öffentlich zugänglichen Räumen zu verwehren. Dies gilt für die Entscheidung des Stadtrates ca. 2016, bei der Versammlungsräume in städtischen Schulen nicht mehr an politische Parteien vermietet werden dürfen. Ebenso werden noch immer Wirte von Bezirksausschussabordnungen gezielt aufgesucht und zum Unterlassen der Vermietung von Räumen an die AfD aufgefordert.

Es gab eine große Zahl von Anschlägen auf Vertreter der Partei in München, u. a. diverse Graffiti-Schmierereien. Es fanden regelmäßig Angriffe auf Infostände und Mitglieder der AfD statt. Die Polizei hat regelmäßig größere Aufmärsche der Antifa bei Veranstaltungen der AfD im öffentlichen Raum in Zaum zu halten.

Die Anmietung von Räumen für die politische Tätigkeit von Abgeordneten hat sich in den letzten Jahren als fast unmöglich herausgestellt, nachdem die Vermieter Angst vor Vandalismus haben müssen. Das war auch der Grund, warum die Landesgeschäftsstelle vom Fasanengarten in Unterhaching wegziehen musste.

Dies alles gipfelte nun in zwei Brandanschlägen auf das neue Abgeordnetenbüro in Perlach.

<https://www.freilich-magazin.com/politik/muenchen-mutmasslich-linksextremer-brandanschlag-auf-afd-wahlkreisbueros>

<https://www.abendzeitung-muenchen.de/muenchen/nach-brandanschlag-erneut-feuer-in-afd-buero-perlach-art-1084517>

Dringlichkeitsantrag zur Vollversammlung am 22. Oktober 2025



Ebenso aktuell wurde ein Brandanschlag auf die CSU-Zentrale in München verübt.

<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/brandstiftung-csu-zentrale-muenchen-staatsschutz-li.3321798>

Die Bedrohungslage ist nun nicht mehr wegzudiskutieren und auch nicht mehr hinzunehmen. Nach dem Parteiengesetz ist die Chancengleichheit aller Parteien zu gewährleisten. Es besteht eine historische Pflicht für die Toleranz Andersdenkender.

Der Sondertopf der Landeshauptstadt München soll hier gezielt ansetzen:

- durch kurzfristige Finanzierung zusätzlicher baulicher oder technischer Sicherheitsmaßnahmen
- durch Unterstützung von Sicherheitsdiensten bei Veranstaltungen
- durch Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz und Handlungsfähigkeit der Einrichtungen.

Ziel muss sein, die Arbeit demokratisch gewählter Parteien zu sichern.

Der Stadtrat darf angesichts der Eskalation nicht länger abwarten, sondern muss sich zur Demokratie bekennen. Jede Verzögerung würde das Risiko erhöhen, dass erst auf noch schwerwiegendere Vorfälle reagiert wird, anstatt präventiv zu handeln. Angesichts der Verantwortung Münchens ist es unsere höchste Pflicht, hier entschieden und rechtzeitig zu handeln.

Initiative:

Iris Wassill
ea. Stadträtin

Markus Walbrunn
ea. Stadtrat

Daniel Stanke
ea. Stadtrat

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Dienstag, 21. Oktober 2025

Sanierungsarbeiten in der Fürstenrieder Straße

Pressemitteilung MVG

Weltsparwoche – Seminare der Stadtparkasse München zur finanziellen Bildung

Pressemitteilung Stadtparkasse München

21.10.2025

(teilweise voraus)

Sanierungsarbeiten in der Fürstenrieder Straße

- **Bodensanierung ab kommender Woche**
- **Einbahnregelung bis vsl. Anfang November**
- **SWM wollen Gleisbauarbeiten vorziehen**

Nach der Feststellung von Hohlräumen im Baufeld der Tram-Westtangente im Bereich des U-Bahnbauwerks an der Kreuzung Fürstenrieder Straße / Gotthardstraße haben die Stadtwerke München (SWM) den Bereich intensiv untersucht und sich eng mit der Landeshauptstadt ausgetauscht. Der betroffene Bereich erstreckt sich vom südöstlichen Kreuzungsbereich bis ca. 20 Meter in die östliche Gotthardstraße. Auch im nordöstlichen Kreuzungsbereich werden Hohlräume vermutet, weshalb die SWM auch dort den Boden untersuchen.

Bodensanierung ab kommender Woche

Bereits ab voraussichtlich Montag, 27. Oktober, können die Hohlräume im südöstlichen Kreuzungsbereich verfüllt werden. Die Arbeiten werden mindestens eine Woche dauern, sodass die Sperrung der östlichen Gotthardstraße nicht vor Ende Oktober aufgehoben werden kann.

Von Ende Oktober bis Mitte Dezember wird der Boden im Bereich der Fürstenrieder Straße südlich und nördlich der Kreuzung saniert.

Erste Teilinbetriebnahme weiter für 27. Februar geplant

Die Inbetriebnahme des Streckenabschnitts zwischen Agnes-Bernauer-Straße und Ammerseestraße ist weiter für den 27. Februar 2026 geplant.

Die SWM versuchen die Sperrung der Überfahrt im Kreuzungsbereich zu nutzen und den Bauplan kurzfristig umzustellen, um den Gleisbau voranzutreiben und zusätzliche Verkehrseinschränkungen zu einem späteren Zeitpunkt zu vermeiden.

Umleitung für den Straßenverkehr

Nach aktuellem Stand ist davon auszugehen, dass die Einbahnregelung in der Fürstenrieder Straße noch bis voraussichtlich Anfang November bestehen bleiben muss. Der Verkehr in Richtung Norden wird weiterhin ab der Ammerseestraße

Herausgeber
Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion
Pressereferent Bereich MVG
Maximilian Kaltner
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: presse@mvg.de
www.mvg.de

abgeleitet. Die Fürstenrieder Straße bleibt zwischen Camerloher Straße und Gotthardstraße in nördlicher Fahrtrichtung gesperrt. Die Zufahrt zu den anliegenden Grundstücken ist weiterhin grundsätzlich möglich.

Die Überfahrt der Gotthardstraße über die Fürstenrieder Straße bleibt zur Bodensanierung sowie für Gleisbauarbeiten bis voraussichtlich Ende des Jahres gesperrt. Östlich der Fürstenrieder Straße bis zur Friedenheimer Straße bleibt die Gotthardstraße bis voraussichtlich Ende Oktober gesperrt. Für Anlieger ist die Zufahrt weiterhin möglich.

Umleitungen bei den Bussen bis Anfang November

Die **Buslinien 51 und 151** werden in Richtung Moosach Bf. bzw. Westfriedhof zwischen Ammerseestraße und Laim Bf. über die Haltestelle Westendstraße umgeleitet.

Der **Bus 168** wird in Richtung Nymphenburg Süd zwischen Guido-Schneble-Straße und Laimer Platz umgeleitet. Die Haltestelle Aindorferstraße kann leider nicht bedient werden. Die Haltestelle Laimer Platz ist in die Gotthardstraße verlegt.

Die **Ersatzbuslinien 19 und N19** werden in Richtungen Westendstraße zwischen Laim Bf. und Agnes-Bernauer-Straße umgeleitet. Die Haltestellen Fürstenrieder Straße, Laimer Platz und Friedenheimer Straße entfallen.

Pressemitteilung, 21. Oktober 2025

Weltsparwoche – Seminare der Stadtsparkasse München zur finanziellen Bildung

München (sskm). Die Stadtsparkasse München bietet allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern kostenlose Seminare zur finanziellen Bildung an. Während der Weltsparwoche vom 27. bis 31.10.2025 gibt es vier Veranstaltungen mit unterschiedlichen Themen und für verschiedene Altersgruppen.

- Steuern sparen leicht gemacht: Steuererklärung für Privatkunden
am Montag, 27.10.2025, 17:30 Uhr
Referentin: Elke Mehl
Online-Seminar

Eine erfahrene Steuerberaterin gibt wertvolle Tipps für die Steuererklärung und informiert, wie Privatverbraucher Geld vom Finanzamt zurückbekommen können.

- Dein erster Mietvertrag: Tipps und Tricks für den Einstieg
am Dienstag, 28.10.2025, 18 Uhr
Referent: Fabian Holler
Online-Seminar

Der Vortrag informiert unter anderem darüber, was bei einem Mietvertrag beachtet werden muss und wie man sein Eigentum in der Wohnung schützt.

- Familienfinanzen – über Geld sprechen und Wissen vermitteln
am Mittwoch, 29.10.2025, 20:00 Uhr
Referentin: Regina Kordik
Online-Seminar

Geldthemen sollten in der Familie besprochen werden. Dieser Vortrag gibt Tipps rund um die Gelderziehung und zeigt Wege, um Kinder und Jugendliche in die finanzielle Selbstständigkeit zu führen.

- Sei smart – Bring dein Geld mit ETFs aufs nächste Level!
mit Semesterauftakt-Halloweenevent
am Freitag, 31.10.2025, 16:30 Uhr
barer41, Barer Straße 41, 80799 München

Das Seminar stellt das Konzept der Vermögensverwaltung Smart Vermögen vor. Im Anschluss findet ein Halloween-Event statt mit Prämierung des besten Kostüms.

Alle Seminare der Reihe sind kostenlos und finden online oder in Präsenz statt:

- Frauen-Finanz-Forum
am 11.11.2025, 18:30 Uhr
Verwaltungszentrum Stadtsparkasse München
Ungererstraße 75, 80805 München

Die Anmeldung zu den Seminaren erfolgt über:
www.sskm.de/finanzschlau

„Mach dich finanzschlau“

Mit diesem Claim weist die Stadtsparkasse München darauf hin, wie wichtig finanzielles Know-how ist, um die richtigen Entscheidungen treffen zu können. Ihre Leistungen zur finanziellen Bildung bündelt

sie auf ihrer Website. Unter dem Link www.sskm.de/finanzschlau finden Interessentinnen und Interessenten neben nützlichen Informationen und praktischen Online-Tools auch Videos und Podcasts aus der Welt des Finanzwissens. Einfach und locker erklären Mitarbeitende Finanzthemen auf dem TikTok-Kanal der Stadtsparkasse.

[Stadtsparkasse München \(@sskmuenchen\) Official | TikTok](#)

Ansprechpartner für die Presse:

Cornelia Klaila
presse@sskm.de
089 2167 47301

Sebastian Sippel
presse@sskm.de
089 2167 47314

Zum Hintergrund:

Die Stadtsparkasse München wurde 1824 gegründet und ist Marktführerin im Privat- und Firmenkundengeschäft in München. Im Geschäftsjahr 2024 erzielte sie einen Jahresüberschuss von 48 Millionen Euro und ist mit einer Bilanzsumme von 23 Milliarden Euro die viertgrößte Sparkasse Deutschlands. Die Stadtsparkasse München beschäftigt 2.353 Mitarbeitende, davon 254 Auszubildende und betreibt 44 Filialen im Stadtgebiet. Im vergangenen Jahr hat sie für mehr als 300 gemeinnützige Projekte rund 3,1 Millionen Euro gespendet: [Unser Engagement | Stadtsparkasse München](#).

Stand: 31.12.2024